

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. III, S. 113—120

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

18. Februar 1916

Die wirtschaftlichen Kriegsziele unserer Feinde und die Not am englischen Frachtenmarkt.

Unter dem ersten Teil dieser Überschrift, brachten wir auf S. 97 eine Anzahl charakteristischer Stimmen des feindlichen Auslandes, die erkennen ließen, daß man dort die anfänglichen Hoffnungen auf eine schnelle militärische und wirtschaftliche Zerschmetterung unseres Vaterlandes längst aufgegeben hat und dafür immer deutlicher den Nachdruck auf das Ziel legt, uns durch wirtschaftliche Maßnahmen nach dem Kriege zu vernichten.

Neuerdings läßt sich „Daily Telegraph“, den wir schon am angegebenen Orte zitierten, in seinem Leitartikel vom 1./2. folgendermaßen aus:

„Die Vorbereitungen für den unmittelbar nach dem Friedensschluß zu erwartenden Handelskrieg müssen sofort in Angriff genommen werden, sonst findet Deutschland wieder alle Vorteile auf seiner Seite. Die erste Vorbereitung für eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes ist die sofortige Errichtung eines Handelsministeriums. Das Parlament hatte bisher für alles andere eher Zeit als für die Interessen des Handels; vielleicht war auch die Gegnerschaft zwischen Freihändlern und Tarifreformern für diese Untlassungssünden verantwortlich.“

Instinkтив empfinden wir alle, nach welchen Richtlinien Großbritanniens Handel organisiert werden muß. Unser Feind ist Deutschland und das von Berlin aus geleitete System. Wir kennen ja jetzt den wahren Sinn des alten ewigen Geredes vom friedlichen, freundschaftlichen Handelswettbewerb, denn beide Charakteristika eines solchen Wettbewerbes fehlten gänzlich in Deutschlands Handelspolitik. Es wollte den britischen Handel an sich reißen, mit erlaubten oder unerlaubten Mitteln, und wenn Großbritannien erst noch zehn Jahre später aufgewacht wäre, dann würde der deutsche Würgegriff noch viele andere britische Industriezweige gepackt haben, als er schon getan hat. Jetzt aber sind Freihändler und Tarifreformer gleicherweise bereit, gemeinsam eine nationale Handelspolitik zu treiben.

Die Londoner Handelskammer hat schon die richtigen Vorschläge gemacht. Es muß zunächst ein Handelssystem geschaffen werden, das die Kolonien mit dem Mutterlande eng verbindet. Besonders günstige Handelsbeziehungen sind unseren Verbündeten zu gewähren; Deutschland und den Mittelmächten muß streng Gleicher mit Gleicher vergolten werden. Nur auf Grund eines Zolltarifes können wir mit Deutschland verkehren; außerdem aber sind bessere technische und kaufmännische Erziehung, eine regere Teilnahme der Banken am Handel, die Ausbildung des Konsulardienstes dringend erforderlich. Hoffentlich lassen die Befürworter dieser notwendigen Änderungen in ihrem Bemühen nicht nach. Auch müssen die britischen Kaufleute sich mit den Arbeiterführern zusammentun, wenn sie mit ihren Wünschen vor die Regierung treten, denn die Arbeiterschaft hat an diesen Dingen ein Lebensinteresse. Nach dem Krieg wird die Arbeiterschaft zunächst danach streben, die günstigen Lebensbedingungen beizubehalten, die sie sich im Kriege erobert hat; und das kann durch nichts anderes besser geschehen, als durch eine Steigerung der Produktivität der britischen Industrien und die Sicherstellung unserer Märkte.“

Die englische Regierung selbst befaßt sich schon eingehend mit diesen Fragen. Sie steuert, wie ein am 2./2. als parlamentarische Drucksache erschienener Bericht über „Maßnahmen zur Sicherung gewisser britischer Industriezweige nach dem Kriege“ erkennen läßt, auf den Schutzzoll zu. Der Bericht

wurde von einer Unterkommission des „Beratenden Komitees beim Handelsamt“ herausgegeben. Das Komitee empfiehlt Schutzzölle für gewisse Industrien, vernünftige Einfuhrzölle auf breiter Basis, Schaffung eines besonderen Handelsministeriums und eine große Zahl weniger wichtiger Neuerungen; befindet sich also in voller Übereinstimmung mit dem zuvor erwähnten Leitartikel des „Daily Telegraph“.

Das Komitee schlägt nach der Times vom 3./2. zunächst folgende Zollsätze vor:

Papier	15% vom Werte
Drucksachen	33 $\frac{1}{3}$ % vom Werte
Silberarbeiten	15% vom Werte
Messerwaren	10—20% vom Werte
Lederwaren	33 $\frac{1}{3}$ % vom Werte
Glaswaren für Tafel- und Beleuchtungszwecke	Vollständiges Verbot f. deutsche und österreichische Waren für die Dauer von 3—5 Jahren; alsdann 33 $\frac{1}{3}$ % vom Werte
Optisches und chemisches Glas	25—30% vom Werte für 5 Jahre
Gewöhnliches Glas	10—15% vom Werte
Glasflaschen	5% vom Werte
Porzellan- und Tonwaren	20% vom Werte (Fantasiewaren teurer)
Spielzeug, außer mechanischem	25—30% vom Werte
Spielzeug, mechanisches	Absoluter Prohibitzoll
Bürstenwaren	15% vom Werte
Magneten für Motoren	33 $\frac{1}{3}$ % vom Werte.

Die Liste ist vorläufig ganz unvollkommen und soll nach weiteren Erhebungen ausgebaut werden.

Vorläufig freilich hat man drückendere Sorgen. Da ist vor allem die an gleicher Stelle schon erörterte Note am Frachtenmarkt, die den Engländern nachgerade empfindlich auf die Nügel brennt. Überall in englischen Handelskreisen steht die Frachtfrage im Vordergrund des Interesses; sie beschäftigte der „Morning Post“ vom 4./2., zufolge auch die Handelskammer von Swansea. In der hier veranstalteten Aussprache befürwortete Major Harris die Entschließung, die Regierung aufzufordern, Höchstraten festzusetzen und sagte, daß wenn nicht etwas geschehe, die Verbündeten Englands in Versuchung kämen, in Verhandlungen wegen eines Separatfriedens zu treten.

Der französische Konsul Le Bars erklärte, daß die englischen Charterer auf Zeit, und nicht die neutralen Reeder hauptsächlich an den hohen Frachtsätzen die Schuld trügen. Er sagte, es sei verbrecherisch, aus den Tränen und dem Blut Frankreichs und Italiens übermäßige Profite zu pressen.

Der Admiralty wurde vorgeworfen, sie ließe Schiffe unbeschäftigt liegen. Mr. Andrews erklärte, das Festsetzen von Höchstfrachten würde zu einem Handelskrieg führen, in dem die Neutralen durch Zurückhaltung ihrer Schiffe England besiegen würden.

Der Vorsitzende des Clyde-Reedervereins erklärte, die jetzige Lage sei dadurch entstanden, daß für den Weltverkehr nicht genügend Handelsschiffe zur Verfügung stehlen. Durch Höchstfrachtsätze könne die Schwierigkeit nicht behoben werden, denn dadurch würde sofort ein Drittel der verfügbaren Schiffe, und zwar die den Neutralen gehörigen, sich lohnenderen

Märkten zuwenden. Auch würden Höchstfrachtsätze zur Folge haben, daß Höchstpreise für alle Waren eingeführt werden müßten. Die Lösung liege in der Unterdrückung oder Beschränkung der Einfuhr aller nicht wesentlichen Artikel.

Die Regierung beschlagnahmte bereits die Hälfte des Schiffsraumes aller zwischen Nordamerika und England verkehrenden Schiffe. Den Frachtdampfern werden außerdem bestimmte Reisen mit bestimmten Ladungen je nach Bedarf vorgeschrieben. Auf diese Weise werde der Vorrat an notwendigen Waren vergrößert, bis genug vorhanden ist. Dann würden auch die Preise und Frachten heruntergehen.

Auf den schweren Ernst der Lage weist auch Archibald Hurd im „Daily Telegraph“ vom 5./2. hin. Er stellt folgende Forderungen auf:

1. Die ganze britische Handelsmarine muß der Aufsicht einer mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Kommission unterstehen, d. h., ein Schiffahrtsministerium muß eingerichtet werden.
2. Höchstfrachtraten sind festzusetzen.
3. Kriegsgewinne müssen höher besteuert werden als nur mit 50%.

„England und seine Verbündeten“, so sagt er, „kämpfen um die Existenz; sie müssen Schiffe haben, und zwar zu billigen Preisen, wenn sie den Krieg gewinnen wollen. Wie der französische Vizekonsul in Cardiff kürzlich erklärte, seien die britischen Roeder und nicht neutrale Schiffseigentümer hauptsächlich für die hohen Frachten verantwortlich. Wie dem auch sei, die Engländer werden bald nicht besser daran sein, als die schwer leidenden Franzosen und Italiener. Wenn nicht bald gründliche Abhilfe geschaffen wird, dürfte die gemeinsame Sache der Verbündeten gefährdet sein! Die britischen Schiffseigentümer müssen einsehen, daß sie in dieser schweren Krisis nur noch Diener des Staates sind, der schon durch Übernahme von 80% des Kriegsrisikos sie gegen Verlust gesichert hat. Augenblicklich herrscht völlige Verwirrung. Die Industrie ist nicht organisiert; alle normalen Bedingungen sind über den Haufen geworfen. Admiralität, Kriegsministerium und Handelsministerium arbeiten nicht harmonisch zusammen; jeder Regierungsbedarf an Schiffsraum verursacht eine Frachtensteigerung in der ganzen Welt und damit eine Preiserhöhung für alle Lebensbedürfnisse in den verbündeten und neutralen Ländern. Das einzige Heilmittel ist eine einheitliche Regelung der Schiffahrt, nicht durch die Schiffbauer allein, sondern auch durch die Kaufleute.“

Den Schluß des Artikels bildet ein wahrhaftiger Notschrei:

„Nach ‚Fairplay‘ ist der verfügbare Schiffsraum durch Kaperei oder sonstigen Verlust schon um 1 900 000 t zurückgegangen und wird noch weiter zurückgehen, denn die militärischen Bedürfnisse der Verbündeten werden nicht kleiner, die Lade- und Löschungsmöglichkeiten immer schwieriger. Es herrscht eine akute Krisis und, wenn nicht drastische Maßregeln ergriffen werden, so wird der Sieg, auf den wir heute alle noch zuversichtlich hoffen, entweder verzögert, oder aber wir müssen ganz auf ihn verzichten.“

Ob es möglich sein wird, diese Krisis zu überwinden, scheint mehr als zweifelhaft. Das „Business Prospects Year Book“ kommt jedenfalls bei Besprechung der Aussichten für 1916 zu dem niederschmetternden Schluß, daß für die hohen Frachten, solange der Krieg währt, keine Aussichten des Falles bestehen. „Der Schiffbau zeigt“, so heißt es daselbst weiter, „im Jahre 1915 einen Rückgang von etwa 3,3 auf 1,5 Mill. t, und die Schiffsverluste, die in normalen Jahren zwischen 700 000 und 900 000 t betragen, sind im vergangenen Jahr auf mehr als 2 Mill. t gestiegen, wovon etwa 750 000 auf normale Verluste, Abwracken usw. und 1 250 000 t auf Unterseeboote, Minen usw. zurückzuführen sind. Die Welttonnage zeigt somit einen nennenswerten Rückgang, während für 1914 und 1913 Zunahmen um 1,8 und 2,7 Mill. t zu verzeichnen waren. Von der Welträume, rund 44 Mill. t, mußten außerdem

11,3 Mill. t als während des Krieges nicht verwendbar in Abzug gebracht werden, nämlich folgende:

	Bruttotonnen
Beschlagnahmte deutsche und österreichische Räume	1 300 000
Aufgelegte (in neutralen Häfen) deutsche und österreichische Räume	3 000 000
In Heimathäfen aufgelegte deutsche und österreichische Räume	1 750 000
Beschlagnahmte Räume des Vierverbandes	250 000
In der Ostsee eingeschlossene Räume	1 000 000
Beschlagnahmt zu Regierungstransporten	4 000 000
Zusammen: 11 300 000	

oder 26% der Welträume. Nach dem Kriege nun wird die stillliegende oder requirierte Räume mit 7,5 Mill. t sofort frei werden und den zur Verfügung stehenden Raum vermehren, während die zu transportierenden Gütermengen höchstwahrscheinlich abnehmen und ein Fall der Frachten herbeiführen werden. Unmittelbar nach dem Kriege wird dieses Fall sogar ganz erheblich sein, da das Geschäftsleben in den ersten Friedensmonaten vollkommen danebenliegen wird.“

Hinter die im letzten Absatz ausgesprochenen Ansichten möchten wir doch ein Fragezeichen setzen. Auf England und Frankreich vielleicht, die sich wirtschaftlich in dem Kriege verausgabt haben, sicherlich aber nicht auf uns werden diese Voraussetzungen zutreffen. In allen Ländern, den kriegsführenden wie auch den neutralen sind am Schlusse des Krieges die Lager der großen Handelshäuser betrifft vieler wichtiger Gebrauchsstoffe geleert, und der Bedarf der Verbraucher ist schon jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse künstlich eingedämmt. Sobald mit dem Kriege auch die Hemmungen des Handels aufhören, wird mit Hochdruck die bis dahin zurückgehaltene Nachfrage einsetzen. Die großen Warenvorräte, die dank der liebevollen Fürsorge Englands sich in unseren Fabriken angehäuft haben, werden uns dann zustatten kommen und uns dazu verhelfen, auch auf dem Weltmarkt Sieger zu bleiben.

Sf.

Jahresberichte der Industrie und des Handels.

Der englische Eisenausfuhrhandel. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen über die englische Eisen-Ein- und -Ausfuhr für das Jahr 1915 ist zunächst bemerkenswert, daß sich in der Gesamteinfuhr gegenüber dem Vorjahr ein weiterer Rückgang von etwa 432 000 t ergibt, hingegen der Wert der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr eine kleine Steigerung von etwa 178 000 M aufweist, so daß also der Wert der eingeführten Ware bei dem Rückgang der Menge sich für die Tonne recht erheblich gesteigert hat. Im Jahre 1914 wurden 1 727 255 t im Werte von 223,96 Mill. M, also für die Tonne durchschnittlich 130,1 M bezahlt, im letzten Jahre dagegen wurden 1 295 387 t im Werte von 224,14 Mill. M eingeführt, also durchschnittlich für die Tonne 170,1 M bezahlt, so daß eine durchschnittliche Wertsteigerung von 40 M auf die Tonne bei der Einfuhr zu verzeichnen ist. Die Ausfuhr bleibt gegenüber dem Vorjahr der Menge nach um 727 169 t zurück, während der Wert der Ausfuhr einen Rückgang von 27 610 000 M aufweist. Im Jahre 1914 ergab die Ausfuhr mit 3 977 468 t einen Verkaufswert von 839 874 000 M oder durchschnittlich für die Tonne 211,19 M, während in diesem Jahre die Ausfuhrmeute von 3 250 299 t einen Verkaufswert von 812 265 000 M oder für die Tonne 249,91 M erzielte. Einer Wertsteigerung von 40 M die Tonne Einfuhr steht eine Wertsteigerung von 38,70 M auf die Tonne Ausfuhr gegenüber. Aus dem Tonnenwert ergibt sich außerdem, daß bei der Einfuhr Rohstoffe und Halbzeug überwiegen, während bei der Ausfuhr weiterverarbeitete Produkte im Vordergrund stehen. So stellte sich z. B. die Erzeinfuhr 1915 auf 6,2 Mill. t gegen 5,7 Mill. t im Vorjahr. Sehr bemerkenswert ist, daß die Einfuhr von Halbzeug im Jahre 1915 stark gestiegen ist. Während im Jahre 1914 320 043 t Stahl und Halbzeug eingeführt wurden, belief sich diese Menge 1915 auf 446 208 t. Danach sind in diesem Jahre 126 165 t Stahl mehr in England eingeführt worden als im Jahre 1914. Da nun Deutsch-

land vor dem Kriege fast ausschließlich Stahl- und Halbzeuglieferant gewesen ist und jährlich fast eine halbe Mill. t nach England lieferte, bleibt es höchst auffällig, daß England sich in dem Kriegsjahre 1915 mit ungefähr der gleichen Menge Halbzeug hat versorgen können wie vor dem Kriege. Wenn auch anzunehmen ist, daß ein großer Teil davon aus Amerika bezogen worden ist, so wird man doch ebenso die Vermutung nicht von der Hand weisen können, daß eine nicht unerhebliche Menge deutsches Halbzeug über das neutrale Ausland Eingang nach England gefunden hat. Umgekehrt wie Halbzeugeinfuhr hat sich die Einfuhr von Brammen und Weißblechbrammen im Jahre 1915 entwickelt. Denn während im Vorjahr noch 278 000 t eingeführt wurden, sank 1915 die Einfuhr auf 12 500 t, ein Beweis, daß man für den deutschen Lieferanten einen Ersatz hier nicht gefunden hat. Das gleiche gilt von Trägern, die England bekanntlich auch aus Deutschland vor dem Kriege bezog: während im Jahre 1913 noch etwa 90 000 t, in 1914 noch 68 700 t eingeführt wurden, waren es 1915 nur noch 1794 t. Bleche sind ebenfalls im Jahre 1915 kaum und gegenüber dem Vorjahr nur in verschwindend geringem Maße eingeführt worden; die Einfuhr betrug nur rund 30 000 t gegenüber 119 000 t im Jahre 1914. In Stabeisen, Flüßstabeisen zeigte die Einfuhr gegen 1914 nur eine geringe Abnahme; sie ging gegen von vorjährigen 105 400 auf 92 800 t, also nur um etwa 12 600 t zurück, dagegen betrug sie vor dem Kriege 1913 noch etwa 154 000 t. Die Einfuhr von Schweißstabeisen ist von rund 130 000 t auf rund 46 000 t im Jahre 1915 gesunken, also um 84 000 t. Die Einfuhr in Draht, Drahtstiften, Bandeisen und Röhren zeigt durchweg eine Steigerung der Mengen. Zusammenfassend wird man zu dem Ergebnis kommen, daß als Bezugsland fraglos die Vereinigten Staaten während des Krieges stärker in Betracht kommen, daß auch Norwegen und Schweden für gewisse Eisensorten Lieferanten geblieben sind. Außer diesen Produktionsländern dürfte, von Deutschland natürlich abgesehen, keines der europäischen Produktionsländer in der Lage gewesen sein, Eisen in größeren Mengen auszuführen. Sämtliche Fabriken weisen allerdings im Jahre 1915 beträchtliche Rückgänge auf. So fiel die Roheisenausfuhr von 780 000 auf 611 000 t, die Schienenausfuhr von 443 600 auf 253 300 t, die Ausfuhr verzinkter Bleche von 566 600 auf 285 400 t und die Röhrenausfuhr von 317 000 auf 221 500 t. Dagegen zeigt die Ausfuhr von Stahlstäben, Winkel- und Profileisen eine auffällige Steigerung von 201 000 auf 489 000 t und ebenso die Ausfuhr von Grob und Feinblechen eine Steigerung von 142 600 auf 246 300 t. Weißbleche gingen von 435 000 auf 368 600 t zurück. Im einzelnen ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle das folgende Bild:

E i n f u h r :

	1914 t	1915 t
Eisenerz	5 704 837	6 203 161
Kohlen, Koks, Briketts	—	—
Alteisen	110 562	113 263
Roheisen	223 376	199 180
Eisen- und Stahlguß	12 435	2 616
Schmiedestücke	141 186	2 901
Schweißeisen	129 897	45 981
Stahlstäbe, Winkelisen	105 371	92 798
Guß- und Schmiedeeisen	—	—
Halbzeug	320 043	446 208
Brammen und Weißblechbrammen	278 115	12 561
Träger	68 748	1 794
Schienen	23 639	15 695
Blecho über $\frac{1}{8}$ Zoll	100 682	17 821
Bleche unter $\frac{1}{8}$ Zoll	18 760	12 687
Verzinkte usw. Bleche	—	—
Schwarzbleche	—	—
Weißbleche	—	—
Röhren aus Schweißeisen	33 501	44 348
Röhren aus Gußeisen	9 729	2 255

A u s f u h r :

	1914 t	1915 t
Eisenerz	—	—
Kohlen, Koks, Briketts	61 830 485	45 770 144
Alteisen	88 561	51 178
Roheisen	780 691	611 617
Eisen- und Stahlguß	4 009	3 290
Schmiedestücke	478	262
Schweißeisen	90 405	84 422
Stahlstäbe, Winkelisen	201 370	489 464
Guß- und Schmiedeeisen	130 387	79 799
Halbzeug	7 275	17 415
Brammen u. Weißblechbrammen	—	2 845
Träger	121 581	57 126
Schienen	443 636	253 330
Bleche über $\frac{1}{8}$ Zoll	92 313	148 037
Bleche unter $\frac{1}{8}$ Zoll	50 327	98 258
Verzinkte usw. Bleche	566 601	286 446
Schwarzbleche	57 238	53 492
Weißbleche	435 497	368 602
Röhren aus Schweißeisen	128 370	102 877
Röhren aus Gußeisen	188 545	118 855

Wth.

Frankreichs Außenhandel 1915. Auf Grund der kürzlich veröffentlichten statistischen Nachweise der Zollverwaltung gibt der „Temps“ folgenden Überblick über die Entwicklung des französischen Handels im Jahre 1915, verglichen mit dem des Jahres 1914. Ausfuhr und Einfuhr betrugen in Tausenden Franken:

E i n f u h r :

	1915	1914	Unter- schied für 1915
Nahrungsmittel	2 549 371	1 813 487	+ 735 884
Rohstoffe für Industrie und Halbfertigwaren	3 153 534	3 508 147	- 354 613
Fertigwaren	2 371 587	1 080 535	+ 1 291 052
Insgesamt	8 074 492	6 402 169	+ 1 672 323

A u s f u h r :

	1915	1914	Unter- schied für 1915
Nahrungsmittel	543 687	645 993	- 102 306
Rohstoffe für Industrie und Halbfertigwaren	636 929	1 299 050	- 662 121
Fertigwaren	1 662 397	2 575 740	- 913 343
Postpakete	179 289	348 051	- 168 762
Insgesamt	3 022 302	4 868 834	- 1 846 532

Der „Temps“ bemerkt dazu, daß der Gesamtwert der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr, obwohl dieses nur fünf Kriegsmonate zählte, um die ungeheure Summe von 1672 Millionen zugenummen hat, wobei auf die Lebensmittel eine Zunahme von 40%, auf die Fertigwaren eine Zunahme von 120% entfiel. Dagegen nahm die Ausfuhr im Gesamtjahr um 38% ab.

Gesetzgebung.

Zölle, Steuern, Frachtsätze, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.

Japan. Wie die „Birschewija Wjedomosti“ am 1./2. nach einem Telegramm aus Tokio vom 31./1. meldet, hat die japanische Regierung beschlossen, die Gültigkeit der deutsch-österreichischen Patent in Japan nicht aufzuheben, um nach dem Kriege das Entstehen von Schadenersatzprozessen zu vermeiden.

Venezuela. Es sind laut Verordnung vom 17./12. 1915 zu verzollen: Nach der 2. Klasse mit einem besonderen Aufschlag von 25%: Chlorkalk; Asphaltmastix; Notenpapier;

— nach der 3. Klasse mit einem besonderen Aufschlag von 25%: Maisöl, Grieß; — desgleichen mit einem besonderen Aufschlage von 50%: Wachsleinwand und Linoleum, im Gewichte von mehr als 1000 g auf 1 qm. (Kais. Gesellschaft für Venezuela.)

Sf.

Chile. Zolltarifentscheidungen. Säcke, leere, zur Metallverpackung sind zollfrei und mit 30 Centavos Gold für 1 kg Rohgewicht zu bewerten; — Zucker, gewöhnlicher, körniger, zweiter Klasse, ist mit 15 Centavos Gold für 1 kg Reingewicht zu bewerten und mit 6 Pesos Gold für 100 kg Reingewicht zu verzollen; — Schokolade konkret ist mit 1,20 Peso Gold für 1 kg Rohgewicht zu bewerten und mit 65% vom Werte zu verzollen. (Entscheidungen des Generalzolldirektors vom 5., 10. u. 13./3. 1915 — Bericht des Kais. Generalkons. in Valparaiso.)

Sf.

Deutschland. Ein Ausfuhrverbot vom 6./2. 1916 betrifft Portland-, Romba-, Puzzolan-, Magnesia-, Schlackenzement u. dgl., ungemahlen, gemahlen, gestampft, der Nr. 230a ferner gemahlenen Kalk, Tripolith der Nr. 230b des Statist. Warenverzeichnisses.

Sf.

Laut Verordnung vom 3./2. 1916 darf Verbrauchszucker, ausgenommen an Bienen, nicht verfüttert sowie zur Herstellung von Branntwein nicht verwendet werden. Seine Verwendung zu technischen Zwecken (Seifenherstellung usw.) ist an die Genehmigung des Reichskanzlers gebunden. Diese Vorschriften finden auch auf Halberzeugnisse jeder Art. Füllmassen usw.) Anwendung.

Sf.

Marktberichte.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt. Der letzte Bericht des Kohlen-Syndikats über Förderung und Absatz zeigt, daß es trotz der vielen neuen Einberufungen, gerade der besten Bergarbeiter, zum Heeresdienst nicht nur gelungen ist, die Förderung auf der Höhe zu Anfang des vorigen Jahres zu halten, sondern auch allmählich langsam weiter zu steigern. Vor allen Dingen ist dies unserer Heeresverwaltung zu danken, die in entgegenkommender Weise geeignete Kriegsgefangene in großer Zahl den Zechen zur Verfügung stellte; sodann haben aber auch die Zechenverwaltungen keine Mühe und Kosten gescheut, um aus den besetzten Gebieten möglichst viele Arbeitskräfte heranzuziehen. Wenn die Ergebnisse aber den Erwartungen immer noch nicht entsprechen, so ist dies in den durchweg geringeren Leistungen der neu eingestellten Kräfte zu suchen, da es sich meistens um Arbeiter aus anderen Erwerbszweigen handelt, die also im Bergbaubetrieb gar keine Erfahrung besitzen. Wäre im letzten Viertel des Vorjahrs nicht der außerdentliche scharfe Wagenmangel eingetreten, so wäre es möglich geworden, die Kohlengewinnung ganz erheblich zu steigern. So aber mußten vielfach nicht nur die Überschichten wegfallen, sondern auch die normale Förderung erlitt häufig eine Einschränkung, indem ein Teil der Belegschaft mit Nebenarbeiten in der Grube beschäftigt werden mußte. Bei Koks und Briketts zeigt sich der Einfluß des Wagenmangels besonders in den Versandziffern der letzten Monate, die zum Teil erheblich zurückgegangen sind. Im übrigen hat die Kokserzeugung im abgelaufenen Jahre eine kaum geahnte Steigerung erfahren, so daß heute die Zahlen vor Ausbruch des Krieges schon eingeholt, sogar überschritten sind.

Die Wagengestellung war im Monat Januar wesentlich besser, wenn sie auch an manchen Tagen noch immer sehr zu wünschen übrig ließ; die Verkehrsverhältnisse auf dem Rhein haben sich, nachdem das Hochwasser der ersten Monatshälfte vorüber, günstiger gestaltet. — Die von der Zechenbesitzerversammlung ab 1./3. bis Ende Juli ds Jrs. festgesetzten neuen Richtpreise haben nicht alle Kreise befriedigt, man hatte auf eine, wenn auch in mäßigen Grenzen sich haltende Preiserhöhung für die gangbarsten Kohlensorten gerechnet. Die Erwartungen wurden nicht ganz erfüllt, außer sämtlichen Kokssorten, die um 1,50 M für die

Tonne erhöht worden sind, erfuhr nur noch der Preis für Kokskohlen eine Erhöhung von 1 M, während sämtliche übrigen Kohlensorten im Preise unverändert blieben. Für Briketts wurde zwar eine Erhöhung um 0,50 M für 1 t beschlossen, die zum großen Teile aber durch die Preissteigerung des Teerpechs (Brai), des zur Herstellung nötigen Bindemittels, wieder ausgeglichen wird. Im übrigen ist diese Erhöhung aber noch von der Zustimmung des Fiskus abhängig, die bis jetzt noch nicht erfolgt ist.

Über den Markt im einzelnen sind größere Veränderungen nicht zu berichten. Die Knappheit in Koks und Feinkohlen besteht unverändert weiter, ebenso sind die kleineren Nüßchen in Körnung 3 und 4 gar nicht in dem verlangten Maße zu beschaffen. Gas Kohlen verzeichnen einen sehr lebhaften Markt und bleiben stark gefragt, ebenso wie Gasflammekohlen aller Sorten; die wesentlich verstärkte Förderung in diesen Produkten hat nicht vermocht, die bisherige starke Nachfrage zu befriedigen. Weniger zufriedenstellend ist augenblicklich der Abruf in den Hausbrandkohlenarten, wodurch die Eß- und Magerkohlenzeichen in erster Linie betroffen werden. In Koks sämtlicher Sorten war der Abruf sehr flott, leider hatte aber auch hier der Absatz unter Wagenmangel noch immer sehr zu leiden; auch das Geschäft in den für Zentralheizungen benötigten Brech- und Siebkokksorten war durchaus zufriedenstellend, trotz der herrschenden milden Witterung. In Briketts ist eine Änderung nicht zu verzeichnen; nur in Eiformbriketts ist es aus den gleichen Gründen wie bei den Hausbrandsorten ruhiger geworden.

Auf dem Markt für Kokereienebenprodukte herrscht noch immer der feste Grundton vor. Die Erzeugung von schwefelsaurem Ammoniak, von dem gewisse Mengen schon für den kommenden Frühjahrsbedarf auf Lager genommen sind, reicht trotz weiterer Steigerung nicht im entferntesten aus, um die große Nachfrage von allen Seiten, zu denen auch Nachbarstaaten gehören, zu befriedigen. In Teer konnte die bisherige Erzeugung ohne weiteres untergebracht werden, in Teerpech herrscht jedoch auch jetzt noch eine große Knappheit, die sich bereits in einer erheblichen Preissteigerung ausgedrückt hat; den Brikettfabriken fällt es unter diesen Umständen schwer, die erforderlichen Mengen unverkürzt zu erhalten. In Benzol und den sonstigen Produkten wie Toluol und Solventnaphta zeigt die Marktlage ein andauernd festes Gepräge. Von der Heeresverwaltung sind, nachdem es gelungen ist, die Erzeugung stark zu steigern, und ferner eine weitere Steigerung durch Errichtung neuer Benzolfabriken zu erwarten ist, die bisherigen Bestimmungen über die Beschlagnahme aufgehoben worden. Es darf daher enttoluoltes Benzol an jeden Abnehmer in beliebiger Menge abgegeben werden. Bezuglich Solventnaptha und Xylol unterliegt dagegen die Abgabe noch gewissen Beschränkungen.

Wth.

Nachdem unlängst die Kohlen- und Kokspreise für die Zeit ab 1./3. 1916 festgesetzt worden sind, hat nunmehr auch der Roheisen-Verband die Preise für Qualitätsroheisen für die Zeit vom 1./3. 1916 bis zum 30./6. 1916 festgelegt. Mit Rücksicht auf die Preissteigerungen in Koks und Eisenstein mußten auch die Roheisenpreise durchweg eine Erhöhung erfahren. Für Hämatit sind diese Preise nicht höher als die bisherigen Fusionspreise. — Mit diesen erhöhten Preisen bleibt der Roheisenverband aber noch ganz wesentlich hinter den Preisen zurück, die zur Zeit aus England, dem für Friedenszeiten wichtigsten Wettbewerber Deutschlands auf diesem Gebiete, bekannt werden. Ein Vergleich der Preise gibt das folgende Bild:

In Deutschland:	Vor-Kriegs- ausbruch	Preise heute	Steigerung für 1 t	In Proz.
Hämatit	78,50 M	122,50 M	44,— M	56%
Gießerei-Roheisen I . . .	74,50 M	98,— M	21,50 M	29%
Gießerei-Roheisen III . . .	69,50 M	91,— M	21,50 M	31%

In England:

Hämatit	60 sh.	135 sh.	75 sh.	125%
schott. Gießerei-Roheisen I	59 sh. 6 d.	98 sh. 6 d.	39 sh	66%
Middlesbro III	50 sh.	88 sh.	38 sh.	76%

Wth.

Auf dem russischen Platinmarkte macht sich der Nowoje Wremja vom 23./12. 1915/5./1. 1916 zufolge in letzter Zeit eine starke Preissteigerung bemerkbar. Während vor kurzem in Jekaterinenburg noch etwa 40 000 Rbl. für 1 Pud gezahlt wurden, bietet man jetzt 54 000—57 000 Rbl. (d. h. 14 Rbl. bis 14 Rbl., 85 Kopeken für 1 Solotnik = 4,26 g.). Im Auftrag der russischen Regierung sind 180 Pud Platin angekauft worden. Die Nowoje Wremja stellt fest, daß dank der Hilfe des Ministeriums für Handel und Industrie die Festsetzung der Platinpreise statt wie früher vom Auslande von den uralischen Bergwerksbesitzern abhänge.

Sf.

Der Verband Deutscher Druckpapiersfabriken in Berlin hat am 8./2. beschlossen, den Preis für Druckpapier um 8 M für 100 kg für das zweite Vierteljahr zu erhöhen. on.

In der Lage der Porzellanindustrie ist eine wesentliche Änderung bisher nicht eingetreten, wenn auch eine Besserung des Inlandsgeschäfts nicht verkannt werden kann. Die Ausfuhr liegt völlig daneben, obwohl lebhafte Nachfrage nach den Fabrikaten der Porzellanindustrie besteht. (V. Z.)

ar.

Der Verein Deutscher Spiegelglasfabriken hat, einer Anregung aus Glaskreisen folgend, die Preise für größere Spiegelscheiben um durchschnittlich 5% ermäßigt. (V. Z.)

ar.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände.

Zuckermonopol in der Schweiz. Wegen der schwierigen Gestaltung der Zuckereinfuhr hat der Bundesrat die Errichtung des Zuckermonopols unter Festsetzung neuer Höchstpreise beschlossen. Der Beschuß tritt sofort in Kraft. (B. B. Z., 9./2. 1916.)

ll.

Regelung des Zuckerhandels in Ungarn. Das Amtsblatt in Budapest veröffentlicht eine Regierungsverordnung über die Anmeldungspflicht und Sperrre der Zuckerbestände, ferner über die Errichtung einer Zuckerkzentrale zur Sicherstellung des öffentlichen Zuckerbedarfs. Eine weitere Regierungsverordnung betrifft die Neuregelung und Inverkehrsetzung der aus dem Zollausland eingeführten landwirtschaftlichen Produkte. (B. T.)

dn.

Die Generalversammlung des Landesverbandes der Norddeutschen Baumwollwarenausrüster hat, wie man erfährt, beschlossen, eine Verlängerung des Verbands bis zum 31./12. 1917 vorzunehmen. Dem Verband gehört der größere Teil der in Betracht kommenden Firmen des Norddeutschen Baumwollwarengroßhandels an. (B. T.)

on.

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Dem Betriebsberichte der preußischen Bergverwaltung für das Jahr 1914, der dem Abgeordnetenhaus unlängst zugegangen ist, entnehmen wir folgende Angaben. Das Rechnungsjahr 1914 zerfällt infolge des Kriegsausbruches in zwei ungleiche Hälften, nämlich in 4 Friedens- und 8 Kriegsmonate. Die ersten 4 Monate — April bis Juli — zeigen im Anschluß an das günstige Rechnungsjahr 1913 eine normale Entwicklung auf allen Gebieten des staatlichen Bergbaues. Förderung und Absatz waren lebhaft. Die allgemeine Marktlage konnte als befriedigend bezeichnet werden. Das finanzielle Ergebnis dieses Zeitschnittes war ebenfalls zufriedenstellend. Diese normale Entwicklung wurde durch den Ausbruch des Krieges jäh unterbrochen. Zunächst trat in fast sämtlichen Betrieben ein fast vollständiger Stillstand in bezug auf Förderung und Absatz ein. Besonders wurden die an der Reichsgrenze gelegenen Bezirke Saarbrücken und Oberschlesien schwer betroffen. Auf den Saarbrücker Gruben wurde sofort nach Erklärung des Krieges ein verhältnismäßig sehr großer Teil der Belegschaft zu den Fahnen einberufen. Außerdem mußten noch mehrere tausend Bergarbeiter zu Schanz- und Befestigungsarbeiten auf dem westlichen Kriegsschauplatz gestellt werden. Infolge dieser erheblichen Verringerung der Belegschaft ging die Produktion auf einen Bruchteil der normalen zurück.

Auch die oberschlesischen Steinkohlen- und Erzbergwerke standen von August bis Oktober 1914 unter dem allgemeinen Druck der kriegerischen Wirren. Die westfälischen staatlichen Zechen hatten ebenfalls stark unter Arbeitermangel zu leiden. — Während der staatliche Stein Kohlenbergbau nur schwer die Krise bei Ausbruch des Krieges überstand, konnte der staatliche Erzbergbau erfreulicherweise die für die Kriegsführung überaus wichtige Metallgewinnung in vollem Umfange aufrechterhalten. Dagegen erlitt der Kalisalzbergbau, namentlich infolge des Ausfuhrverbots für das Ausland eine starke Einschränkung. Auch der Absatz im Inlande stockte zeitweilig infolge Wagenmangels. In noch größerem Umfange wurden die Königlichen Bernsteinwerke in Königsberg und der Kalksteinbruch in Rüdersdorf durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen.

Auf den westfälischen staatlichen Zechen fand im August zunächst ein starker Rückgang der Förderung statt, dessen Grund zumeist in der Einberufung von Bergarbeitern zu suchen ist. Von 21 500 Arbeitern im Juli fiel die Anzahl im August auf 14 000. Infolge der starken Verminderung der Belegschaft ging die Erzeugung von 543 000 t im Juli auf 212 000 t im August zurück. Im September betrug sie 260 000 t, im Oktober 300 000 t, im Januar 330 000 t und im März 365 000 t. Im ganzen blieb die Erzeugung im Berichtsjahr gegenüber dem vorhergehenden um 1 Mill. t zurück. Sie betrug rund 4 Mill. t in 1914, gegen rund 5 Mill. t im Jahre 1913. Besonders stark wurde durch den Krieg der Saarbrücker Bezirk betroffen, weil er ganz im westlichen Aufmarschgebiet gelegen ist. Zu den Einziehungen zum Heeresdienst kam noch die Gestellung von mehreren tausend Bergarbeitern zu Befestigungs- und Aufräumungsarbeiten. Aus diesen Gründen fiel die im Juli über 1 Mill. t betragende Förderung auf 200 000 t im August, stieg aber dann im September bereits auf 436 000 t und im Oktober auf 587 000 t.

Die staatliche Kaliindustrie, die sich zu Beginn des Berichtsjahrs günstig entwickelt hatte, erlitt durch den Ausbruch des Krieges eine erhebliche Schädigung. Auf den Werken zu Staßfurt und Bleicherode blieb die Förderung von Kalisalz gegenüber dem Vorjahr um 267 000 t gleich 34% zurück; bei dem Kalibergwerk in Vienenburg sank sie sogar um über die Hälfte. Trotz der schlechten Lage auf dem Kalimarkt kamen im Berichtsjahr 18 neue Werke hinzu, so daß wieder eine Verminderung der Beteiligungsziffer erfolgte. So betrug die Beteiligungsziffer des Kalisalzbergwerks in Vienenburg 18,70 pro Tausend gegenüber 20,55 pro Tausend zu Anfang des Jahres.

Die Förderung der staatlichen Steinkohlenwerke betrug 1914: 18 434 000 t (gegenüber 25 174 000 t in 1913), was einer Abnahme von rund 27% entspricht. Auf den staatlichen Kalisalzbergwerken ist die Förderung um über 40% zurückgegangen, während im Erzbergbau die Produktion fast auf der Höhe von 1913 gehalten werden konnte, nämlich 101 000 t in 1914 betrug gegenüber 113 000 t in 1913. Der Gesamtwert der eigentlichen Bergwerkszeugnisse ist mit 232 390 924 M in 1915 gegen 316 451 438 M in 1913 um 84 060 514 M gleich 26,6% zurückgegangen, während der Wert der verarbeiteten Erzeugnisse infolge erhöhter Preise nur um 22,6% zurückgegangen ist.

Aus der Bilanz der Bergverwaltung geht hervor, daß der Reingewinn im Berichtsjahr rund 14,8 Mill. M gegenüber 54,6 Mill. M im Jahre 1913 betragen hat. Das sind in 1914 rund 3% des buchmäßigen Anlage- und Betriebskapitals von 491,1 Mill. M am Anfang des Rechnungsjahres, während im Vorjahr 11,8% des Anlage- und Betriebskapitals erzielt wurden. Von dem Reingewinn sind in 1914 9,3 Mill. M (35,1), d. h. 1,9% (7,6%) des Anlage- und Betriebskapitals in bar abgeliefert worden, während der Rest zur Verzinsung und Tilgung der Bergwerksschuld, für Landankauf, Schachtanbau, Ergänzung von Materialvorräten usw. verwendet worden ist. Die Abschreibungen blieben fast auf derselben Höhe, wie im Vorjahr, sie betragen nämlich 18,9 Mill. M (20,4) gleich 4,2 (4,4) % der Anlagekonten. Wth.

Aus der oberschlesischen Montanindustrie. Die Geschäftslage in A-Produkten hat sich in letzter Zeit insofern geändert, als durch das Ausfuhrverbot eine Beschränkung im

Absatz eingetreten ist. Auch sind die Preise für Träger in die Höhe gegangen; so haben die schlesischen Eisengroßhandlungen für Beziege ab Lager die Trägerpreise um 10 M pro Tonne erhöht. Es besteht begründete Aussicht, daß der Trägerabsatz nach Polen, der eine Zeit hindurch recht ähnlich war, in ähnlichem Umfange auch in den kommenden Monaten stattfinden können. Infolge der noch ruhenden Bautätigkeit sind die Bedürfnisse des Handels an Trägern nicht erheblich. Die Abrufe des Handels erstrecken sich vorläufig noch auf den nötigsten Bedarf. Es wird angenommen, daß im Frühjahr sich im Baugeschäft an manchen Orten eine langsam beginnende Arbeitszunahme einstellen wird, die förderlich auf den Trägerabsatz einwirken wird. Im allgemeinen läßt die Unternehmungslust noch immer viel zu wünschen übrig. In schwerem Oberbaumaterial haben die Werke schon seit einiger Zeit eine merkbare Belebung der Geschäftslage erfahren, und zwar durch stärkeren Bestellungseingang seitens der Staatsbahnverwaltungen. Namentlich wurden seitens der preußisch-hessischen Staatsbahnen weitere Bestellungen auf Schienen und Schwellen erteilt, so daß die Werke in schwerem Eisenbahnoberbaumaterial noch auf längere Zeit hinaus gut zu tun haben werden. Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Monaten noch eine Vergrößerung der Auftragsbestände eintreten wird. Der Eingang von Bestellungen auf Grubenschienen war ebenfalls den Verhältnissen entsprechend nicht unbefriedigend. Trotz der fortgesetzten Steigerung der Selbstkosten ist eine erhebliche Änderung der Preise für Schienen, Schwellen usw. nicht zu verzeichnen. Die privaten Bahngesellschaften und die städtischen Verwaltungen beschränken sich auf den Bezug des allernötigsten Materials. Die Geschäftslage in A-Produkten wird sich im kommenden Frühjahr zweifellos noch belebter gestalten, so daß für die nächsten Monate keineswegs ungünstige Aussichten bestehen. (B. B. Z., 9/2. 1916.) *dn.*

Oberschlesischer Zinkmarkt. Die Geschäftslage war in letzter Zeit den Verhältnissen entsprechend nicht unbefriedigend. Die Nachfrage nach Rohzink ist schon seit längerer Zeit eine beträchtliche und auch für Walzwerksprodukte setzte das Geschäft recht zufriedenstellend ein. Für Heereszwecke war der Bedarf in letzter Zeit wieder ziemlich reger, weiter wurden durch den Ersatz von Zink für beschlagnahmtes Kupfer gute Aufträge hereingenommen. Für den privaten Bedarf haben sich in der Kriegszeit verschiedene neue Absatzgebiete herausgebildet, die voraussichtlich auch nach dem Kriege zum Teile bestehen bleiben werden. Der Arbeitermangel in der Zinkindustrie ist ein äußerst fühlbarer. Eine Bestandsansammlung ist infolge der fehlenden Ausfuhr bei den Hütten im allgemeinen nicht zu vermeiden gewesen, trotzdem die Produktion wesentlich herabgemindert worden ist. Es wird aber angenommen, daß der Absatz sich im Laufe der Zeit noch weiter bessern wird, was jedenfalls auf die Preisgestaltung günstig einwirken wird. Im Verhältnis zu anderen Metallen, die teilweise um die Hälfte teurer geworden sind, ist Zink trotz der fortgesetzt in die Höhe gehenden Erzeugungskosten nur unwesentlich im Preise gestiegen. Jedenfalls werden für die nächste Zeit wieder größere Aufträge zu erwarten sein, die eine Lösung der Preisfrage im Gefolge haben dürften. Wenn infolge der bisherigen Preise die Zinkhütten im allgemeinen trotz der verhältnismäßig befriedigenden Beschäftigung einen nennenswerten Gewinn nicht erzielen konnten, so waren es im besonderen die Lohnhütten, welche die unbefriedigende Preisgestaltung verspürten, denn ihre Tätigkeit erwies sich bisher als ziemlich unlohnend. Im Zinkblechgeschäft ist bekanntlich vor einiger Zeit eine Preiserhöhung von 5 M für 100 kg eingetreten. Natürlich macht sich das Fehlen der Ausfuhr sehr fühlbar, doch war das Zinkblechgeschäft auch in normalen Zeiten, namentlich in den letzten Monaten vor dem Kriege, sehr wenig zufriedenstellend. Die belgische Konkurrenz, die infolge der fehlenden Ausfuhrmöglichkeit auf der Suche nach neuen Abnehmern sich befindet, macht sich stark bemerkbar. Im Zinkstaubhandel ist die Geschäftslage im allgemeinen befriedigend. Die Produktion an Schwefelsäure fand glatte Abnahme; natürlich ist auch hier eine Einschränkung der Produktion zu verzeichnen. Die Preislage war zufriedenstellend. Der Absatz in Schwefelsäure ist fortgesetzt gut,

so daß gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres größere Mengen zum Versand kommen. Infolge der Bestellungen seitens der Heeres- und Marineverwaltung dürfte auch in den kommenden Monaten ausreichende Beschäftigung bei der oberschlesischen Zinkindustrie vorhanden sein. (B. B. Z., 8/2. 1916.) *dn.*

Die Celluloidindustrie im Jahre 1915. Das verflossene Jahr hat sich, den Zeitverhältnissen entsprechend, ziemlich gut auch für die Celluloidindustrie gestaltet. Bereits Ende 1914 hatte die Geschäftslage begonnen, sich so weit zu bessern, daß die durch den Kriegsausbruch eingetretene Geschäftsstockung als überwunden gelten durfte. Trotz der Erklärungen aller maßgebenden Persönlichkeiten, daß es nicht möglich sein würde, über das erste Vierteljahr des verflossenen Jahres hinaus das nötige Rohmaterial zu beschaffen — die Celluloidrohstoffindustrie bedarf ja derselben Rohstoffe wie die Sprengstofffabriken — waren die Rohcelluloidfabriken doch imstande, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Celluloidwarenfabriken mit Rohmaterial zu versorgen. Mit der Besserung der Geschäftslage setzte eine Preiserhöhung sowohl für Rohmaterial als auch für Ware ein, die während des ganzen Jahres anhielt und jetzt noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Die Preiserhöhungen bewegen sich größtenteils bereits zwischen 250—500% gegen die Preise vor dem Kriege. Die Lage der Rohstofffabriken war infolgedessen befriedigend, die meisten waren zum großen Teil oder ganz für den Heeresbedarf tätig. — Auch die Celluloidwarenfabrik kann im allgemeinen mit dem Ergebnis des verflossenen Jahres zufrieden sein.

Neben dem in letzter Zeit eintretenden Mangel an Rohmaterial hat sich der Mangel an Arbeitern stärker geltend gemacht, besonders der Mangel an älteren geschulten Leuten. Da die weiblichen Kräfte nicht alle Plätze auszufüllen vermochten, mußten jüngere Kräfte eingestellt werden, mit denen man keine guten Erfahrungen mache; die jungen Leute von 18 Jahren und darunter waren anspruchsvoll, leisteten wenig, wollten viel verdienen und nicht viel arbeiten. Seine Meinung, daß Leute über 40 oder 50 nicht mehr leistungsfähig sind, hat man sehr ändern müssen. (Nach „Celluloid-Industrie“.) *mw.*

Verleihung von Bergwerkseigentum. Der Gewerkschaft des Kupfer-, Blei- und Eisenbergwerks Apollo zu Neumünster ist unter dem Namen Erna II das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Raubach (Kreis Neuwied) belegenen, 109 993 qm großen Felde, zur Gewinnung von Antimonerzen verliehen worden. (K. Z., 8/2. 1916.) *ar.*

Verschiedene Industriezweige.

Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt, Stuttgart. Nach Abschreibungen einschließlich des Vortrages von 36 700 (26 900) M Reingewinn 450 600 (85 700) M. Ferner sollen für Kriegsgewinnsteuer 203 000 M zurückgestellt und auf das Aktienkapital von 950 000 M 10 (4) % Dividende verteilt werden. Vortrag 88 300 (36 700) M. *ll.*

E. Taeschner Chemisch-pharm. Fabrik A.-G., Berlin. hat auch im zweiten Jahre des Bestehens als Aktiengesellschaft mehr als das Aktienkapital verdient. Der Rohgewinn sank zwar von 529 670 auf 459 565 M, noch stärker aber verminderten sich die Unkosten, die von 186 103 auf 104 603 M zurückgingen. Reingewinn 293 699 (285 263) M bei 250 000 M Aktienkapital. Über die Verteilung ist in der Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ nichts ersichtlich gemacht. Im Vorjahr waren 104% Dividende ausgeschüttet *dn.*

Chemische Fabrik Milch-Akt.-Ges., Posen. Dank den günstigen Kriegsergebnissen, die dem heimischen Wirtschaftsleben ruhigen Fortgang sicherten, konnten nicht nur die im Vorjahr infolge der Absatzstockung übriggebliebenen Fabrikate, sondern auch die Erzeugnisse der diesjährigen Produktion voll abgesetzt werden. Außer den üblichen Abschreibungen (43 164 gegen 419 992 M i. V.) wurden auf Immobilienkonto noch 300 000 M abgebucht, da die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse eine geringere Bewertung des verlassenen Fabrikterrains in Jersitz nötig machen. Von der Beteiligung an der Kriegschemikalien-

Aktiengesellschaft wurden 50 000 M nominal an Firmen begeben, die nachträglich als Aktionäre in die Gesellschaft eintreten wollten. Einem neugebildeten Kriegsrücklagenkonto sind 300 000 M überwiesen worden. Einschließlich des Vortrages von 368 407 M Reingewinn von 1 659 210 (1 144 185) M, 12% Dividende auf 5 800 000 M = 696 000 M (10% = 580 000 M), Vortrag 741 295 M.

on.

Alkaliwerke Sigmundshall, A.-G., Bokeloh b. Wunstorf. Betriebsüberschuß 1914/15 einschließlich Dividenden auf Beteiligungen 672 239 M. Davon gehen ab für Generaluntersuchungskosten, Knappschafts-, Invaliditäts- usw. Beiträge, 445 995 Mark, so daß einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 178 262 M ein Bruttogewinn von 404 505 (773 878) M verbleibt. Der Aufsichtsrat beschloß vorzuschlagen, von diesem Betrage 226 436 M zu ordentlichen Abschreibungen, 3000 M für Talonsteuerreserve, 3000 M zur außerordentlichen Überweisung an die knappschaftliche Krankenkasse und 172 069 M als Vortrag auf neue Rechnung zu verwenden.

ar.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G., Frankfurt a. M. Abschreibungen 925 132 (558 731) M. Reingewinn 483 019 (78 626) M. Dividende 8%. In den letzten 4 Jahren verteilt die Gesellschaft keine Dividende, während in den Jahren 1907/09 Dividenden von 25% verteilt wurden. — Die gebesserten Erträge des Unternehmens, das vor einigen Jahren viel von sich reden gemacht hat, sind jedenfalls auf die Beschäftigung für Heeres- und Marinezwecke zurückzuführen.

ar.

Industrie der Steine und Erden.

A.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye. Dividende 10 (8) %. Abschreibungen 770 127 (742 640) M. Der Gewinnvortrag erhöht sich von 1 542 553 auf 2 028 053 M.

ar.

Oppelner Portland-Cement-Fabriken vorm. F. W. Grundmann. Abschreibungen von 302 000 (406 594) M. Dividende 4 (6) %, bei 123 000 (214 825) M Gewinnvortrag. (V. Z., 8/2. 1916.)

dn.

Gogolin-Gorsdzer Kalk- und Cementwerke Akt.-Ges., Breslau. Reingewinn 126 466 (224 832) M, Dividende 5 (8) % = 105 000 (168 000) M. Vortrag 3071 (15 449) M.

dn.

Schimischower Portland-Cement-, Kalk- und Ziegelwerke A.-G. Der Absatz an Zement und Kalk war derart gering, daß auf einen erheblichen Gewinn von vornherein verzichtet werden mußte. Da das Unternehmen aber in früheren Jahren stets großen Wert darauf gelegt hatte, seine Mittel zu stärken und seine Betriebseinrichtungen auf der Höhe zu halten, ist es möglich gewesen, ohne Verlust zu arbeiten. Naturgemäß haben sich bei dem schlechten Absatz die Bestände stark erhöht, und dadurch wurden große Geldmittel gebunden; trotzdem hielt es die Verwaltung für richtig, die Betriebe im Interesse der alten angestammten Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten. Der Bruttogewinn aus dem Berichtsjahre 1915 beträgt inkl. Vortrag aus dem Vorjahr und eingerechnet die Zinseneinnahmen 506 336 (771 969) Mark; Abschreibungen auf Anlagekonto 132 923 (190 797) M, für Reparaturen 41 027 (66 457) M und an Unkosten 105 582 (104 453) M. Dividende 6% = 150 000 (9% = 225 000) M. Vortrag 52 315 (52 655) M.

dn.

Reichsgerichtsentscheidungen.

Vertragsstrafe wegen Verletzung der Schweigepflicht über Betriebsgeheimnisse. Die größeren Handelsfirmen und Fabrikbetriebe pflegen vielfach ihren kaufmännischen und technischen Angestellten, namentlich solchen in leitenden Stellungen, die Geheimhaltung der Geschäfts- und Fabrikationseinrichtungen zur besonderen Pflicht zu machen und für den Fall der Verletzung dieser Pflicht im Anstellungsvertrag eine von dem Angestellten zu zahlende Vertragsstrafe festzusetzen. Um einen solchen Vertragsstrafanspruch handelt es sich in dem folgenden nicht un interessanten Rechtsstreit:

Durch Vertrag vom Jahre 1902 verpflichtete sich die Klägerin, eine chemische Fabrik, ein vom Beklagten, einem Chemiker, erfundenes patentamtlich geschütztes Verfahren zur Herstellung eines Farbstoffes unter dessen selbstständiger Leitung technisch zu verwerten und die nötigen Veranstaltungen für den Großbetrieb zu treffen. Die Klägerin entließ den Beklagten im Jahre 1911 unter der Behauptung, daß ihr hierfür ein wichtiger Grund zur Seite stehe, aus seiner Stellung, behielt aber die Verwertung des Verfahrens bei. In einem Vorprozeß ist die Entlassung für ungerechtfertigt erklärt und die Fabrik zur Zahlung des Gehalts für die Dauer des Vertrages verurteilt worden. Mit der jetzt vorliegenden Klage verlangt die Klägerin vom Beklagten die Zahlung von 10 000 M Vertragsstrafe, weil er dem § 10 des Vertrages durch Veröffentlichungen über geschäftliche Angelegenheiten zu widergehandelt und damit die ihm obliegende Pflicht zur Geheimhaltung verletzt habe.

Landgericht und Oberlandesgericht Dresden haben die Vertragsstrafe für verwirkt erachtet. Auf die vom Beklagten hiergegen eingelegte Revision hat das Reichsgericht das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückgewiesen. In seiner Urteilsgrundung führt der höchste Gerichtshof aus: Das Oberlandesgericht legt den § 10 des Vertrages ohne Rechtsirrtum dahin aus, daß der Beklagte zur Geheimhaltung aller ihm aus Anlaß des Vertragsverhältnisses bekannt gewordenen geschäftlichen Angelegenheiten (nicht bloß der eigentlichen Geschäftsgeheimnisse) des Fabrikunternehmers der Klägerin verbunden sei. Diese Verpflichtung besteht allerdings nur, soweit ein schutzwürdiges Interesse der Klägerin an der Geheimhaltung vorliegt und kann vernünftigerweise von den Vertragschließenden nur in diesem Umfang gewollt sein. Dies hat das Oberlandesgericht auch nicht verkannt. Zu Bedenken gibt es jedoch Anlaß, wenn das Oberlandesgericht in den Ausführungen, die der Beklagte in dem von ihm in einer Zeitschrift veröffentlichten Artikel über Einzelheiten der Farbstoffgewinnung gemacht hat, eine Verletzung der Schweigepflicht erblickt hat. Der Beklagte hatte geltend gemacht, daß es sich bei den chemischen und technischen Mitteilungen, welche die von ihm verfaßten Artikel bringen, um Dinge handle, die schon durch die einschlagenden Patentschriften bekannt geworden seien. Das Oberlandesgericht verkennt zwar nicht, daß die Tatsachen, welche in die Patentschriften aufgenommen sind, schon hierdurch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, meint aber, daß durch die Besprechung in der Zeitschrift die Öffentlichkeit noch erweitert wurde. Es läßt dabei aber unberücksichtigt, daß die Mitteilungen nur für einen beschränkten Kreis von Personen Interesse boten und daß gerade diese Personen sich durch die Einsichtnahme in die Patentschriften unschwer über die in Frage kommenden Tatsachen unterrichten konnten. Außerdem hat der Beklagte noch behauptet, daß alles, was er über die Farbstoffherstellung in seinen Artikeln gesagt habe, in Wissenschaft und Praxis schon allgemein bekannt gewesen sei. Mit dieser Behauptung hat sich das Oberlandesgericht nicht auseinandergesetzt. In den fraglichen Artikeln gibt allerdings der Beklagte zugleich bekannt, daß auch die Klägerin das dort geschilderte Verfahren in ihrem Betrieb anwende. Darin könnte aber eine Verletzung der Schweigepflicht nur erblickt werden, wenn feststünde, daß die Kreise, für welche allein die Mitteilungen über die Art und Weise der Farbstoffherstellung im Betrieb der Klägerin Wert hatten, die Anwendung des vom Beklagten besprochenen Verfahrens durch die Klägerin nicht für selbstverständlich ansahen. Mit dieser Selbstverständlichkeit müßte aber gerechnet werden, wenn jene Kreise im Hinblick auf dasjenige, was über den Stand von Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Herstellung des betreffenden Farbstoffes damals bekannt war, annehmen müßten, daß sich die Klägerin des vom Beklagten mitgeteilten Verfahrens bediene. — Nach vorstehenden Erwägungen muß das Oberlandesgericht die Sache nochmals prüfen. (III. 34/15. — 2/11. 1915.)

K. M. L.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Chemiker Dr. Baethke, Berlin, wurde zum Geschäftsführer der Firma Dr. Baethke G. m. b. H., Berlin, ernannt.

Dr. Friedr. Joh. Becke, Prof. der Mineralogie an der Universität Wien, ist der Titel und Charakter eines Hofrats verliehen worden.

Dr. Otto Dopfer, Wilhelmsburg, technischer Direktor der H. Schlinck & Co. A.-G., Hamburg-Mannheim, ist in den Vorstand der Gesellschaft eingetreten.

Dr. Wilhelm Eberlein, Militärchemiker, ist aus der Gesellschaft der Farbenfabrik von Theodor Schwieritz, Uerdingen, ausgetreten. Chemiker Dr. Hermann Bürgler, Uerdingen, setzt das Geschäft mit den Kommanditisten unter der bisherigen Firma fort.

Prof. Dr. Georg v. Georgievics, Prof. für Chemische Technologie an der deutschen Technischen Hochschule und Prof. František Hasa, o. Prof. für Mechanische Technologie an der tschechischen Technischen Hochschule, Prag, wurde der Titel und Charakter eines Hofrats verliehen.

August Harpf, o. Prof. an der montanistischen Hochschule, Příbram, wurde der Titel und Charakter eines Hofrats verliehen.

Prof. Dr. Päßler, Freiberg i. S., wurde zum Mitglied der Gutachterkommission für Lederhöchstpreise, Berlin, gewählt.

Dem Generaldirektor der chemischen Fabrik Griessheim-Elektron in Frankfurt a. M., Theodor Plieninger, wurde von der Technischen Hochschule Stuttgart die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen in Anerkennung seiner erfolgreichen Betätigung bei der Kriegsorganisation der deutschen chemischen Industrie.

Dr. Julius Schlinck ist aus dem Vorstand der H. Schlinck & Co. A.-G., Hamburg-Mannheim, ausgeschieden und tritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft über.

Professor Dr. Richard Schumann, Prorektor der Technischen Hochschule in Wien, wurde der Titel und Charakter als Hofrat verliehen.

Prof. Dr. Verworn, o. Prof. der Physiologie an der Universität Bonn, lehnte den Ruf nach Leipzig als Nachfolger Ewald Herings ab.

Dr. Ing. A. Hamblach, Andernach a. Rh., kann am 20./2. auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Fa. Gerhard Herfeldt zurückblicken (vgl. Verein deutscher Chemiker).

Prof. Dr. Georg Hieronymus, Kustos am kgl. Botanischen Museum in Dahlem, feierte am 15./2. seinen 70. Geburtstag.

Hofrat Professor Dr. Walter Migula ist infolge Aufhebung der Großherzoglichen Forstakademie zu Eisenach in den Wartestand versetzt worden.

Gestorben sind: Carl Baumeler, Generaldirektor der Heldburg, A.-G. für Bergbau, bergbauliche und andere industrielle Erzeugnisse, in Seesen. — Geheimrat Professor Dr. Richard Dedeck, Braunschweig, im Alter von 83 Jahren. — Josef Esser, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Aussichtsrats der Neusser Papier- und Pergamentfabrik A.-G., Neuß a. Rh., im Alter von 81 Jahren. — Rittergutsbesitzer Rittmeister Kaiser, Fuchsmühl, langjähriges beratendes Mitglied des Verwertungsverbandes Deutscher Spiritusfabrikanten. — Gustav Küppers, Düsseldorf-Grafenberg, Vorstandsmitglied des Kaliwerkes Hedwigsburg, Heldrungen I, Weser u. a. — Prof. Dr. Adolf Reinsch, Direktor des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Altona, am 9./2. im Alter von 54 Jahren. — Kgl. Berginspektor a. D. Bergassessor Adolf Storp, am 28./1. im Alter von 44 Jahren. — Apotheker George Weddell, Verwaltungsdirektor der Cerebos, Ltd., am 21./1. in Seaton Carew bei Hartlepool, im Alter von 60 Jahren.

Der große Krieg.

Auf dem Felde der Ehre ist gestorben:

Dr. Theodor Brandes, Privatdozent der Geologie und Paläontologie an der Universität Leipzig.

Das Eiserne Kreuz haben erhalten:

Bergwerksdirektor Ermisch, Sehnde, Hauptmann d. Res. (erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse).

Chemiker Dr. Walter Fischer, Erkner b. Berlin, Leutn. d. Res. im Landwehr-Infanterie-Regiment 7 (erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse).

F. Kalkhorst, Direktor der Bergwerksgesellschaft Diergardt m. b. H., Hochemmerich, Oberleutn. d. Landw. (erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse).

Fr. von der Linde, Prokurist der Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke A.-G., Berlin.

Andere Kriegsauszeichnungen:

Dr. Albert Baumann, Apotheker, Berwinkel, hat die Rote Kreuzmedaille 3. Klasse erhalten.

Fabrikdirektor Dr. Karl Dieterich, Helfenberg, erhielt die Medaille des türkischen Roten Halbmondes in Silber.

Dr. Fritz Thoma, Leutn. d. Landw., Chemiker der Farbenfabriken Berger & Wirth, Leipzig, hat den Albrechtsorden mit Schwertern erhalten.

Verein deutscher Chemiker.

Dr.-Ing. h. c. A. Hamblach

blickt am 20./2. d. J. auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Gerhard Herfeldt, Andernach am Rhein, zurück.

Im Dienste dieser Firma hat er sich vom jungen Beamten zu seiner heutigen Stellung als Generalleiter und Teilhaber emporgearbeitet. Seine Vorliebe für geologische Studien ließ ihn unermüdlich an der Bereicherung seiner Kenntnisse auf diesem und damit verwandten Gebieten arbeiten, und es ist erstaunlich, wie Hamblach sich nach und nach aus seinem innersten Wesen heraus zum Gelehrten und Forscher entwickelte. Er ist heute, eine Frucht seiner rastlosen Forscherarbeit, ordentliches Mitglied verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften und Korporationen, so z. B. der Gesellschaft für Erdkunde, der Deutschen Geologischen Gesellschaft, der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft Berlin usw. Von seinen vielen Versuchsarbeiten sind vor allem seine Versuche auf dem Gebiete der Mörteltechnik grundlegend, soweit es sich dabei um die Verwendung der

Puzzolane und des Trasses handelt. Seine literarische Tätigkeit ist im Laufe der Jahre eine ungemein fruchtbare geworden; eine große Anzahl technisch wissenschaftlicher als auch populär gehaltener Arbeiten ist aus seiner Feder hervorgegangen. Aber auch sonst ist Hamblach erfolgreich tätig gewesen, vor allem sei an seine Wirksamkeit in verschiedenen Ausschüssen des Internationalen Verbandes für die Materialprüfung der Technik hingewiesen und auf seine Mitarbeit am Deutschen Museum in München, in dessen Vorstandshaft er ebenfalls berufen worden ist.

In Anbetracht seiner hervorragenden Verdienste um das Bauingenieurwesen wurde ihm vor einigen Jahren von der Kgl. Technischen Hochschule in Dresden der Titel eines Dr.-Ing. h. c. verliehen.

Seit Kriegsausbruch ist Dr. Hamblach als Kriegsfreiwilliger im Oberpräsidium in Coblenz als Delegierter des Kaiserlichen Kommissars und Militär-Inspektors des freiwilligen Krankenpflege tätig.